

Wahlzeit



■ Schwarz-gelbe Plagen

Die Schwarz-Gelben sind lästig: Gerade will man in den Zwetschgendatschi beißen, schon summen sie um einen herum. Da bleibt nur, diese Plagegeister zu verjagen. Aber Vorsicht, sie sind nicht ungefährlich.

Gleiches gilt politisch: Die Schwarz-Gelben können wehtun, wenn man sie lässt. Vor allem die Gelben sind giftig. Ein Blick in das Wahlprogramm der FDP belegt das: Es geht gebetsmühlenartig gegen Arbeitnehmer und ihre Rechte.

Mitbestimmung

Die FDP will die „Kosten der Mitbestimmung“ begrenzen. Im Klartext: Die Liberalen wollen zukünftig einen Betriebsrat erst ab 20 Beschäftigten (jetzt ab 5). Für Bayern bedeutete das, dass in ca. 90% aller Betriebe überhaupt kein Betriebsrat mehr gewählt werden könnte. Freistellungen von Betriebsräten will die FDP erst in Unternehmen mit über 500 Beschäftigten (jetzt ab 200). In Bayern ist das gerade mal 1% aller Betriebe.

Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz steht für die FDP ebenfalls im Fokus. Auch dort soll gelten: Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten und nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer. Die „Logik“ der FDP:

Geringerer Kündigungsschutz schafft Flexibilität für den Mittelstand und führt zu mehr Arbeitsplätzen.

Doch der Kündigungsschutz ist ein Schutzrecht für Arbeitnehmer. Er schützt vor Willkür und ist für die Beschäftigten eine unabdingbare Sicherheit.

Minijobs

Minijobs will die FDP massiv ausweiten. Sie will die Grenze von 400 auf 600 Euro erhöhen. Schon bei der bisherigen Regelung ist es so, dass fast 90% der Beschäftigten mit Minijobs im Niedriglohnbereich arbeiten. Setzt sich die FDP durch, würden noch mehr Menschen für Hungerlöhne arbeiten müssen.

Mindestlohn

Die FDP lehnt Mindestlöhne ab. Inzwischen arbeiten 6,5 Mio.

Beschäftigte für Niedriglöhne, viele mit Stundenlöhnen von 5 oder 6 Euro. 2007 arbeiteten 48,7% mehr Menschen für Niedriglöhne als 1995.

Doch für die FDP ist das kein Problem. Schon die bisher über das Entsendegesetz eingeführten Mindestlöhne sind ihr ein Dorn im Auge. „Wirtschaftsexperte“ Brüderle kündigt an: „Eine Fortsetzung der Mindestlohnorgie wird es nicht geben.“

Arbeitslosenversicherung

Die FDP will die Arbeitslosenversicherung faktisch demonstrieren. Sie will eine „Wahlfreiheit der Tarife“ einführen, lehnt eine Staffelung der Bezugsdauer des ALG I ab und will den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung weiter senken. Damit wäre die Arbeitslosenversicherung tot.

■ Satte Mitgift für die große Liebe

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) ist gegen Mindestlöhne und schreibt in ihren „Bausteinen für Wachstum und Beschäftigung“:

„Kein staatliches Lohndiktat: ... die Einführung weiterer Mindestlöhne sind gefährliche Eingriffe des Staates in Tarifautonomie und Vertragsfreiheit.“

Natürlich ist auch die FDP gegen Mindestlöhne, sorgt sich plötzlich um die Tarifautonomie und formuliert dazu in ihrem Wahlprogramm:

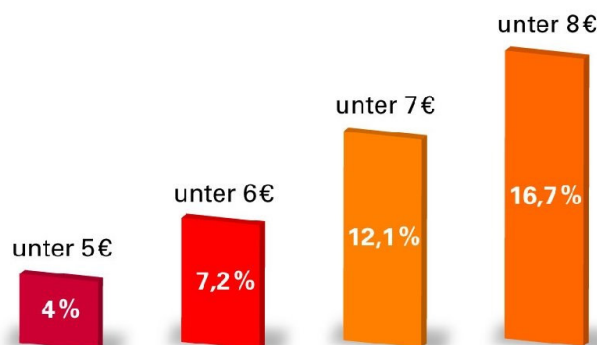
„Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden.“

Da haben sich ja zwei gefunden. Respekt! Und die Liebe ist so innig, dass auch die Mitgift entsprechend ausfällt. Das größte Mitglied der vbw, der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (vbm), hat sich nicht lumpen lassen: Im Juli 2009 hat der vbm schlappe 150.000 Euro an die FDP als Spende überwiesen.

Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt!

Niedriglohn im Haupterwerb

Von den 30,2 Millionen Beschäftigten in Haupttätigkeiten arbeiten 2007 für ...



Quelle: IAQ 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009



ViSdP Timo Günther
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089-51 700-02
Telefax: 089-51 700-216
E-Mail: bayern@dgb.de